
Podiumsdiskussion auf der Leipziger Buchmesse

Rumänien im Superwahljahr 2024

Der heimliche Star der Osterweiterung?

Organisatorin: Südosteuropa-Gesellschaft e.V.
Leipzig, 21. März 2024

Bericht von Johannes Nüßler, Regensburg

Viktoria Voglsinger-Palm, stellvertretende Geschäftsführerin der SOG, moderierte die Diskussion und führte das Publikum an das heutige Rumänien heran. Rumänien ist mit offiziell 19 Millionen Einwohner:innen das sechstgrößte Land der EU, in die es 2007 aufgenommen wurde. Im Jahr 2024 werden alle politischen Ämter in Rumänien neu gewählt. Dieses „Superwahljahr“ war Anlass für die Podiumsdiskussion, um einen Blick auf die aktuellen politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklungen in Rumänien zu werfen. Die Diskussion war in drei Teile geteilt: Die Aufnahme Rumäniens in die EU und deren Folgen, die Beziehungen zwischen Deutschland und Rumänien sowie ein Ausblick auf das Wahljahr.

Der erste Teil der Diskussion drehte sich um die Frage, ob Rumänien der heimliche Star der EU-Osterweiterung sei. Daniela-Maria Mariş, Autorin eines Lehrbuches zum politischen System Rumäniens und derzeit Referentin bei der Konrad-Adenauer-Stiftung in Berlin, stellte heraus, dass das Adjektiv „heimlich“ sehr gut zu Rumänien passe, da das Land immer noch sehr unbekannt sei. Als einen Star der Osterweiterung könne man Rumänien aus politischer, wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Perspektive bezeichnen, so der Konsens der Diskussion. Schließlich waren die Startbedingungen Rumäniens angesichts der anfangs blutigen und lan-

gen Transformation ab Dezember 1989 und während der Niederschlagung der pro-demokratischen Proteste im folgenden Jahr, der fehlenden demokratischen Traditionen, der enormen wirtschaftlichen Not als „Armenhaus Europas“ sowie der langen Persistenz alter Seilschaften denkbar schlecht. Prof. Dr. Hans-Christian Maner, Professor im Arbeitsbereich Osteuropäische Geschichte der Johannes Gutenberg-Universität Mainz, sagte, er könne sich durchaus der Beschreibung eines Kollegen anschließen, der die Demokratisierungserfolge Rumäniens als „europäisches Wunder“ bezeichnete. Ein sehr erfolgreiches Mittel zur Demokratisierung sei die Konditionalität der EU gewesen, die bei aktuellen Aufnahmeprozessen regelmäßig gefordert wird.

Zweites Thema der Diskussion waren die rumänisch-deutschen Beziehungen. Diese waren, so Maner, von Anfang an sehr positiv. Diplomatisch bestehen die Verbindungen bereits seit 1967, als Rumänien als erster Staat des Ostblocks Beziehungen zur Bundesrepublik Deutschland aufgenommen hat. Mariş ergänzte, dass Rumänien heute in der EU eine sehr konstruktive Politik verfolgt – es legt zum Beispiel kein Veto ein, um die Arbeit der EU bei strittigen Entscheidungen zu blockieren. Außerdem ist es aktiv in Bereichen von Wissenstransfer und rechtsstaatlicher Entwicklung in den

Staaten des westlichen Balkans und der Republik Moldau. Wirtschaftlich ist Deutschland Rumäniens wichtigster Handelspartner. Mehr als 9.500 deutsche Unternehmen sind in Rumänien aktiv. Auch auf kultureller Ebene sind die Beziehungen exzellent. In Deutschland gibt es sehr viele deutsch-rumänische Vereine, oft getragen von ehemaligen Mitgliedern der deutschen Minderheit in Rumänien. Deren Institutionen in Rumänien – darunter Kindergärten, Schulen, der deutschsprachige Zweig der Babeş-Bolyai Universität Cluj-Napoca, aber auch die Kirchenburgen, so Dr. *Roxana Stoenescu*, Wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Babeş-Bolyai Universität Cluj-Napoca, seien von Rumän:innen übernommen worden und würden weiter gepflegt. Dadurch hätten große Bevölkerungsteile einen persönlichen Bezug zum deutschsprachigen Raum.

Gleichzeitig sind gerade diese Menschen aufgrund ihrer Sprachkenntnisse Teil des Brain-drains durch die besseren Gehälter im westlichen Europa. Durch die entstandene Diaspora kam es allerdings auch zu europäischen Transferprozessen. Aus diesen sind einerseits ein pro-demokratischer Wertetransfer und die ersten zivilgesellschaftlichen Bewegungen Rumäniens entstanden. Andererseits erleben gerade weniger gut ausgebildete Arbeitsmigrant:innen Exklusion in anderen Ländern der EU und sehnen sich deshalb nach der Geborgenheit der Nation. Darin gründe sich ein Teil des Wahlerfolgs der rechtsextremen Partei AUR (Allianz für die Vereinigung der Rumänen) bei der letzten Parlamentswahl 2020. Die Emigration habe auch ganz praktische Nachteile für Rumänien. So seien derzeit 5.000 rumänische Ärzt:innen in Deutschland tätig, die dementsprechend in Rumänien fehlen, so *Mariş*.

Drittes Thema der Diskussion war der Ausblick auf das Wahljahr. Alle Diskutant:innen sahen die möglichen Wahlerfolge von AUR als eine große Herausforderung, wobei *Mariş* den

Zusammenhang mit der entsprechenden gesamteuropäischen Entwicklung betonte, in den weiteren Schwerpunkten unterschieden sich die Diskussionsbeiträge jedoch. *Maner* verwies auf die Auswirkungen des russischen Angriffskriegs in der Ukraine, der gerade in den rumänischen Grenzregionen sehr genau beobachtet werde, und die Folgen der Abwanderung (wie einer enormen Überalterung). *Stoenescu* legte Wert darauf, auch positive Entwicklungen aufzuzeigen, die sie bei den Fortschritten des Ausbaus erneuerbarer Energien und bei zivilgesellschaftlichen Initiativen beobachtet. *Mariş* sieht auch nach der Wahl die Gefahr, dass sich die Kohabitation aus sozialdemokratischer Regierung und nationalliberalem Präsidenten wiederholt. Dies habe zwar einen Ausgleich der politischen Strömungen gebracht, aber eben auch viel Stagnation.

Insgesamt, so fasste *Voglsinger-Palm* zusammen, könne Rumänien durchaus als heimlicher Star der Osterweiterung gelten, da es weiterhin recht unbekannt sei und häufig unterschätzt werde. Verglichen mit der Ausgangssituation von 1989 gebe es eine sehr positive Entwicklung bei Demokratie und Rechtsstaatlichkeit sowie Wirtschaft und Zivilgesellschaft. Gerade letztere habe von den europäischen Beziehungen profitieren können. Die rumänisch-deutschen Beziehungen hätten sich gewandelt, besonders durch die massenhafte Emigration der deutschen Minderheit 1990/91, als rund 100.000 Menschen (also quasi die Hälfte der deutschen Minderheit) aufgrund mangelnden Vertrauens in den rumänischen Staat und dessen Garantie von Minderheitenrechten sowie der besseren wirtschaftlichen Lage in der Bundesrepublik Deutschland ihre Heimat Rumänien verließen, seien aber weiterhin sehr lebendig. Die Herausforderungen im Superwahljahr 2024 seien insbesondere der mögliche Aufstieg rechtsextremer Parteien, der europaweit zu beobachten sei, sowie der Krieg im rumänischen Nachbarland Ukraine.

2024 Southeast European Student Symposium – Second Edition

Organisation: Southeast European Studies Student Symposium and Southeast Europe Association (Südosteuropa-Gesellschaft e.V. / SOG)

Online via Zoom, 4–6 April 2024

Report by Sophia Strähhuber, Jena

Introduction

The Southeast European Studies (SEES) Student Symposium originated as an initiative by students from the universities of Graz, Jena and Regensburg. The overarching aim of the Symposium is to provide an opportunity for networking among undergraduate and graduate students who have a subject-related connection to Southeast Europe. Furthermore, it was conceptualised as a platform for exchange and feedback on current research papers and projects, thus resulting in a wide range of topics. In total, 63 participants registered for this year's Symposium, including 17 presenters who were previously selected through an application process. About 84 per cent of the participants were presently pursuing their studies at a university, with half of them specifically engaged in Master's degree programmes. While most of the registered participants came from all three German-speaking countries, the Symposium was attended by participants coming from a further six countries, namely Bosnia and Herzegovina (BiH), Bulgaria, Croatia, Greece, Romania, and Slovenia. The presentations were grouped into panels according to their overarching topics. The participants' contributions employed perspectives from various disciplines, including history, political science, international relations, anthropology, cultural studies, Slavic studies and law.

Day 1, Room 1 –

Introduction and Keynote Lecture

The Symposium kicked off on Thursday afternoon with a short introduction by the organising committee. It consisted of *Aris Douglas* (Graz), *Oliver Kannenberg* (Halle), *Enej Lovrečić* (Graz), *Gresa Morina* (Regensburg), *Johannes Nüßler* (Regensburg), *Anna Charlotte Richter* (Regensburg) and *Sophia Strähhuber* (Jena). The introduction was followed by a short welcome from Zsófia Turóczy, Speaker of the Young Southeast Europe Association.

Moderated by *Oliver Kannenberg*, *Ramona Dima's* (PhD, Department of Culture and Education, Södertörn University) opening keynote lecture entitled "Filling up the Gaps: Queer Research in the Romanian Academia" was based on a biographical approach and dealt with LGBTQ research in Romania from a long-term historical perspective. This made it possible to combine political, social, and cultural aspects and developments in a thought-provoking way. The audience, comprised of 20 to 25 participants, exhibited profound interest and engaged in a lively exchange of questions following the presentation.

Day 2, Room 1 – Participant Presentations

Chaired by *Sophia Strähhuber*, the first panel in Room 1 started with a presentation by *Peter Wagener* (BA European Studies, Chemnitz) on "The Memory of the Holocaust in North Macedonia – National Narratives in a European Context". Peter gave an overview of the Holocaust in Macedonia, which was occupied by Bulgaria at the time. Ninety-eight per cent of all Macedonian Jews were deported and did not survive the Shoah. Peter focused on the development of a national culture of remembrance in the context of far-reaching political events (independence in 1991, the "Skopje 2014 project", the Prespa Agreement in 2018 and the opening of the Holocaust Memorial Centre in Skopje in 2011).

Anela Dumonjić (MA Southeast European Studies, Graz) held the second presentation on the topic of her Master's thesis, "I want my son back the way he was: – The Embodied Reality of Loss in Daytonesque Bosnia and Herzegovina". Anela introduced the key data of the genocide in Srebrenica in 1995, and her approach of examining the Dayton-induced paradigm (dis)continuities and shifts through the lens of

bodies: She explained that bodies and physical experiences are central elements of the politics of remembrance. Also, she reflected upon the impact of the Dayton Agreement on post-war society in Bosnia and presented significant NGOs, such as the Mothers of Srebrenica.

Moderated by *Ivana Dinić* (Regensburg), the second panel opened with *Bekim Lahi* (MA Southeast European Studies, Graz), who presented the draft of his Master's thesis on the "Deterioration of Queer Rights under the Auspices of the European Non-Discrimination Regime in Serbia". Bekim's research question of how European non-discriminatory frameworks, competitive authoritarianism and a challenged civil society led to the deteriorating situation of queer people in Serbia already introduced the hypothesis that the position of queer people is actually worsening.

Anna Charlotte Richter presented the WIP (Work-In-Progress) of her Master's thesis entitled "Election Law Reform and Constitutional Implications in Bosnia and Herzegovina," delving into the intersection of election law reform and constitutional dynamics in the country. By addressing the complexities of the failed transfer of institutions and integrating perspectives from diverse disciplines, Anna's research aims to offer valuable insights for policy-makers, legal practitioners and scholars alike, fostering a more inclusive and democratic electoral framework in modern BiH.

Day 2, Room 2 – Participant Presentations

Chaired by *Oliver Kannenberg*, *Chara Polydorou* (BA International and European Studies, Piraeus) presented her Bachelor's thesis on "The Role of the EU in the Efforts Made to Resolve the Kosovo Issue" to ten participants. She examined the role of the EU in the conflict, referring to its role as a mediator in combination with the soft power and influence that it can exert by utilizing the economic means, technical know-how and institutional experience that it possesses.

The second presentation was held by *Vanja Tadić* (MA Southeast European Studies, Graz) on her Master's thesis entitled "Shifts and Changes along the Balkan Route – the Impact of EU Inte-

gration at the Border between Croatia and Bosnia and Herzegovina". Vanja discussed how these possible changes had an impact on individuals crossing the border, the locals living along it and the relationship between the two states. She also shared insights gained through her semi-structured expert interviews with people from both Croatia and BiH in order to gain different perspectives and experiences with respect to her research question.

Diana Dukati (BA International and European Studies, Piraeus) presented her Bachelor's thesis and discussed "The Kosovo Conflict – From Ahtisaari Plan until Today. The Consequences in the Regional Subsystem of Southeastern Europe". Diana explored the challenges surrounding Kosovo's secession, the involvement of the Great Powers in Southeast Europe, and their biases towards specific minorities in the region. The contemporary implications of the Kosovo issue on regional relations and balances were discussed, too.

The panel concluded with *Timoleon Ilias* (BA International and European Studies, Piraeus) who presented the WIP of his Bachelor's thesis on "the European Western Balkans Policy in the post-Dayton Period". He delved into the impact of the Bosnian crisis and the shortcomings of the Dayton Agreement on reshaping the European approach towards the Western Balkan countries, highlighting the EU's increased involvement in the region and the use of soft power to promote democratic reforms despite limited progress in accession talks.

Day 2, Room 1 – Workshop "Learning to Fail" by Dr Katarina Kušić (Vienna)

During this workshop on dealing with rejection, moderated by *Rebekah Manlove* (Jena), *Katarina Kušić* and ten participants focused on how stigma is attached to failure and how societal expectations and capitalist circumstances shape our perception of success and failure. She challenged the idea of creating an individual brand of research, emphasising the importance of working on topics one is passionate about. Katarina also highlighted the constraints imposed by rigid research standards, which may hinder the exploration of novel ideas and approaches.

**Day 2, Room 2 –
Workshop “On Choice: Translating Literature
from Southeastern Europe” by
Dr Ena Selimović (DC, St. Louis)**

During her workshop, *Ena Selimović* and her seven attendees explored the concept of choice in translation, examining various aspects such as language selection, internal and external factors influencing translation decisions, and the role of translators as editors and agents. Excerpts from two novels were used to spark discussions on these topics, along with insights from her own professional journey as an emerging translator and editor. The workshop was moderated by *Anna Charlotte Richter*.

**Day 2, Room 1 –
Presentation by
Dr Siegfried Gruber (Graz)**

During his portrayal on the state of quantitative data collection in Southeast Europe, *Siegfried Gruber* introduced empirical data from household registers as part of his current project. Moderated by *Enej Lovrečić*, the session provided valuable insights into the region's demographics and socio-economic trends, offering potential topics for BA or MA theses for the twelve participants.

**Day 3, Room 1 –
Participant Presentations**

Chaired by *Johannes Nüßer* and *Gresa Morina*, the first panel's opening presentation featured *Katalin Kósza* (BA History and Southeast European Studies, Regensburg), who explored the emotional landscape within the Hungarian community in Germany. The presentation focused on post-migrant perspectives on identity, tradition and homeland attachment. *Katalin* gave insights into her qualitative interviews with members of a Hungarian dance club in Munich, prompting a discussion on conducting good interviews and building trust and relationships. This was followed by peer-to-peer feedback on the challenges of formulating research questions for Bachelor's and Master's theses.

Ivana Dinić (MA European Studies, Regensburg) discussed the current state of her Master's thesis on “Coalitional Empowerment in a Peace-building Initiative for Young Women from Koso-

vo and Serbia”. The presentation focused on the communication between Serbian and Kosovar women at the OSCE Dialogue Academy for Young Women. *Ivana* highlighted the use of expert interviews and emphasised the fact that conflicting topics were avoided as too problematic. Despite these challenges, informal interactions such as coffee breaks could have helped to build bridges between participants.

Moderated by *Enej Lovrečić*, the second panel started with *Amina Bahović* (BA International Relations and European Studies, Sarajevo) presenting her Bachelor's thesis “Second Thoughts? A Study of Determinants Influencing Field Changes after Graduation among Recent Graduates of a Political Science Major at a Small University”. Using mixed methods, *Amina* explored career changes which were important during the COVID-19 pandemic and the Great Resignation. In total, she stressed the importance of extracurricular activities for finding employment. Without this engagement, alumni are much less likely to find a job in their field. The Erasmus programme also contributed to a widening of horizons concerning job prospects in other fields.

Philip Piljić (MA Southeast European Studies, Graz) touched upon his BA thesis about *Alija Izetbegović's* Islamic Declaration (1990) and the reaction from Yugoslavia and other international agents. He mainly focused on the declaration's content and discussed whether it represented any real threat to the Socialist regime in Yugoslavia.

Nikola Donev (LLM in International Human Rights Law, Skopje) held a talk entitled “North Macedonia – Between Emancipation and Nationalism”. He presented his current research on the effect of schools on national identity-building in North Macedonia after the fall of Yugoslavia. Focusing on school history textbooks, *Nikola* showed how the narrative of the “Other” was constructed. He used various methods to reach his conclusions: analysing school textbooks, public discourses and public opinion polls.

Day 3, Room 2 – Participant Presentations

The final panel of the symposium was chaired by *Aris Dougas*, with *Konstantinos Katiniotis* (BA and European Studies, Piraeus), who opened it with his presentation “NATO’s Enlargement to Eastern Europe and Ukraine – Consequences for Southeastern Europe”. He delved into the historical background of NATO and its enlargement, particularly focusing on its implications for Southeast Europe. As part of the historical background, he highlighted the geostrategic significance of Greece and Turkey within NATO and discussed the challenges posed by the Yugoslav Wars. Despite ongoing interstate disputes, Konstantinos argued that NATO’s presence has contributed to stabilising Southeast Europe, with most states in the region aspiring to join NATO, thereby deterring regional crises. Feedback suggested the need for a more nuanced understanding of the Balkans and a departure from essentialist views (Konstantinos used expressions such as Southeast Europe “breaking free from its past”) to better inform foreign policy on the region. It was also suggested to place Southeast Europe in a wider geographical framework encompassing the Caucasus and Central Asia, to better understand its (post-socialist) dynamics.

Kejda Mihai’s (BA International and European Studies, Piraeus) presentation “The SEE Dimension on Ukraine’s Public Diplomacy Strategy during the Russian-Ukrainian War of 2022” emphasised Ukraine’s efforts to distinguish itself from Russia. Kejda outlined Ukraine’s diplomatic initiatives, including enhanced interparliamentary contacts and cultural diplomacy with Balkan countries, aimed at countering Russian influence and integrating into the EU and NATO. In the discussion section, it was suggested to adopt a broader historical approach to Russian-Ukrainian relationships extending into the pre-Soviet period. Also discussed were various Southeast European countries’ (e.g., Croatia’s, Greece’s, and Bosnia and Herzegovina’s) instrumentalisation of relations with Ukraine, as well as how these are used to establish parallelism with the past, with topics such as the aggressor/victim dichotomy coming into play.

The third presentation by *Anastasija Mladenovska* was cancelled. Instead, a

discussion on the parallels between the White Russian migration 100 years ago and today’s migration arose, which was led by participant *Elena Shuvalova*.

Day 3, Room 1 – SEE! Career Prospects with Aleksandra Tomanić

Moderated by *Anna Charlotte Richter*, *Aleksandra Tomanić*, Executive Director of the European Fund for the Balkans, gave the 19 participants insights into her professional biography. With a background that includes tenure at the European Commission’s DG Enlargement and the German Development Cooperation (GIZ), she shared profound reflections on the nuances of working across diverse cultural landscapes. Touching upon the significance of personal vision in career pursuits, the discussion traversed topics ranging from Blue Book opportunities to resilience in the face of job rejections. She also offered insights into the pivotal role of internships and imparted knowledge on negotiation strategies in the realm of job applications. Altogether, the session proved to be an enriching tapestry of information and motivation, leaving the attendees inspired and empowered.

Networking Events

Throughout the event, participants engaged in various activities to foster camaraderie and interaction. The Welcome Session on Thursday, 4 April saw 15 participants dividing into four break-out rooms for introductions and casual games such as “Find Something” and “Two Truths and a Lie”. On Friday, 5 April, with twelve participants, a brief overview preceded the engaging game “Human Bingo”, sparking conversations on diverse topics and enhancing mutual acquaintance. Saturday, 6 April, witnessed seven participants sharing largely positive feedback, highlighting the workshops and interactive discussions. While some expressed a preference for in-person gatherings, the overall sentiment was optimistic. The organising committee concluded by outlining plans for the future and encouraged participants to join further collaboration.

In summary, the second edition of the SEES Student Symposium successfully achieved its goal of bringing together students passionate

about Southeast Europe. The presentations sparked productive discussions, and the keynote and workshops provided valuable insights, fostering new connections with wonderful people from different countries and fields of research.

The organising committee would like to wholeheartedly thank their student speakers and all

participants. Special thanks go to Dr Katarina Kušič, Dr Ena Selimović, Aleksandra Tomanić, Dr Ramona Dima, Dr Siegfried Gruber and Prof. Heike Karge, as well as SEEFIELD (The project will strengthen Southeast European Studies in Regensburg) for providing student assistants, and the Southeast Europe Association for co-organising and financially supporting this event.

Podiumsdiskussion

Die NATO-Intervention in Kosovo vor 25 Jahren Eine Zeitenwende deutscher Außenpolitik

**Veranstaltende: Südosteuropa-Gesellschaft e.V. (SOG) in Kooperation mit der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik e.V. (DGAP)
Berlin, 26. April 2024**

Bericht von Arta Sopaj und Çlïresa Suka, Berlin

Einleitung

Anlass der Podiumsdiskussion war der 25. Jahrestag der NATO-Intervention gegen die Bundesrepublik Jugoslawien aufgrund des Kosovokrieges. Das Podium setzte sich aus Expertinnen und Experten sowie Diplomaten mit Expertise zum westlichen Balkan zusammen. Unter den Sprecher:innen befanden sich S. E. Dr. *Faruk Ajeti*, Botschafter der Republik Kosovo in Berlin, *Hans-Dieter Steinbach*, ehemaliger deutscher Botschafter in Kosovo, *Manuel Sarrazin*, Sondergesandter der Bundesregierung für die Länder des westlichen Balkans, Dr. *Marina Vulović*, Associate Fellow bei der Stiftung Wissenschaft und Politik und *Vjosa Çerkini*, Journalistin bei der Deutschen Welle. Die Diskussion wurde moderiert von *Frauke Seebass*, Projektmanagerin mit Schwerpunkt Westbalkan bei der DGAP.

Die NATO-Intervention von 1999 markierte eine historische Wende sowohl für die NATO selbst, die erstmals seit ihrer Gründung eine militärische Intervention ohne UN-Mandat durchführte, als auch für Kosovo, für das die Militäraktion den ersten Schritt zur Erreichung der Unabhängigkeit einläutete. Die Diskutierenden erläuterten, dass die Intervention nicht nur eine unmittelbare Reaktion auf den Krieg in Kosovo

gewesen sei, sondern dass die NATO dadurch auch auf die zahlreichen Konflikte im ehemaligen Jugoslawien, einschließlich der früheren Auseinandersetzungen in Slowenien, Kroatien und Bosnien-Herzegowina, reagierte.

Die NATO-Mitgliedstaaten seien besorgt über die Möglichkeit eines Konflikts ähnlich dem in Bosnien-Herzegowina gewesen. Zudem hätten sie das Risiko einer möglichen Ausweitung des Krieges über Kosovo hinaus gesehen, mit potenziellen Folgen für den Frieden und die Sicherheit in ganz Europa. Nach vielen erfolglosen Bemühungen, eine friedliche Lösung durch Dialog zu erreichen (wie etwa auf der Konferenz von Rambouillet Anfang 1999), sei die militärische Intervention der NATO der letzte Weg gewesen, um den Konflikt in Kosovo zu beenden.

Die Diskussionsrunde betonte, dass die NATO-Intervention nicht nur eine bedeutende Wende für Kosovo bedeutet habe, sondern auch den Dialog und die Bemühungen zur Konfliktlösung in der Region insgesamt vorangetrieben habe. Die NATO habe entscheidend zur Stabilisierung Kosovos und zur späteren Erreichung der Unabhängigkeit des Landes im Jahr 2008 beigetragen. Die Sprecher:innen erörterten die Herausforderungen und Fortschritte Kosovos während dieser

Übergangszeit, etwa im Hinblick auf den Aufbau neuer Institutionen sowie die Entwicklung von Infrastruktur und Wirtschaft.

Die NATO-Intervention: Ein Wendepunkt in der Außenpolitik Deutschlands und für Kosovo

Botschafter *Ajeti* betonte in seiner Eröffnungsrede die Bedeutung internationaler Hilfe und die kontinuierliche Rolle Deutschlands als einem der Hauptunterstützer beim Wiederaufbau Kosovos. Er würdigte den Einfluss der NATO-Intervention, die zur Befreiung und schließlich zur Unabhängigkeit Kosovos beigetragen habe, wodurch eine neue Ära der Stabilität und Entwicklung in der Region eingeleitet worden sei. *Steinbach* betonte in seiner Keynote ebenfalls, dass Deutschland einer der Hauptunterstützer des staatlichen Aufbaus Kosovos gewesen sei und auch die Entwicklung von Infrastruktur, Energiesystemen und öffentlicher Verwaltung unterstützt habe. *Steinbach* unterstrich zudem die Bedeutung der kontinuierlichen internationalen Unterstützung für die politische und wirtschaftliche Stabilität Kosovos.

Perspektiven auf den Kosovo-Serbien-Dialog: Herausforderungen, EU-Mitgliedschaft

Sarrazin sprach über die Herausforderungen im Dialog zwischen Kosovo und Serbien. Trotz der Schwierigkeiten und der Langsamkeit des Prozesses betonte er die bedeutenden Fortschritte, die zur Normalisierung der Beziehungen zwischen den beiden Ländern beigetragen hätten. *Sarrazin* unterstrich die Notwendigkeit anhaltender internationaler Bemühungen zur Unterstützung des Dialogs, da die Normalisie-

rung der Beziehungen zwischen Kosovo und Serbien zur Friedenssicherung in der gesamten Region des westlichen Balkans beitragen.

Vulović argumentierte, dass die angestrebte EU-Mitgliedschaft der Schlüssel zur politischen und wirtschaftlichen Stabilisierung Kosovos und Serbiens sei. Währenddessen hob *Çerkini* die Fehler sowohl von serbischer als auch von kosovarischer Seite hervor, um sicherzustellen, dass diese nicht wiederholt würden. Sie rief die Jugend der beiden Länder dazu auf, sich das Beispiel Deutschlands und Frankreichs beim Aufbau von Frieden und Sicherheit in Europa als Vorbild zu nehmen.

Einige Aspekte der aktuellen politischen, wirtschaftlichen und sicherheitspolitischen Lage in der Region riefen beim Publikum Skepsis bezüglich der möglichen Befriedung der Region und deren EU-Beitrittsperspektive hervor. Dazu zählten die Spannungen im Norden Kosovos, wie beim Überfall von Banjska im September 2023. Zudem wurden Vergleiche zwischen Kosovo und Katalonien sowie der ungarischen Minderheit in Rumänien gezogen. Zum Ende der Diskussion hinterließ insbesondere der Austausch zwischen *Sarrazin* und *Çerkini* die Teilnehmenden nachdenklich. *Çerkini* betonte, dass Kosovo Zeit für die Integration in die EU brauche, woraufhin *Sarrazin* die kritische Frage stellte: „Hat Kosovo Zeit zu warten?“ Diese Frage unterstrich die dringende Notwendigkeit sofortiger und koordinierter Maßnahmen zur Förderung des Dialogs mit und auf dem Westbalkan und seiner Integration.

Podium Discussion

20 Years of EU Enlargement Past, Present, and Future of the Enlargement Process

Organisation: Southeast Europe Association (Südosteuropa-Gesellschaft e.V. / SOG) in cooperation with the German Society for Eastern European Studies (Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde / DGO)
Berlin, 16 May 2024

Report by Sebastian Schulze Bisping, Berlin

Opening Remarks

The discussion took place at the German Bundestag in Berlin. *Thomas Hacker*, MP and Vice President of the SOG, opened the event by highlighting the success story of a united European Union post-World War II and the period of division. *Gabriele Freitag*, managing Director of the DGO, echoed his sentiments, emphasizing the overall success of the 2004 and 2007 EU enlargements despite some challenges. Currently, the EU is facing new external challenges, such as the Russian invasion of Ukraine, and internal issues, including prolonged accession negotiations with the Western Balkan countries.

Panel Discussion

The discussion, moderated by *Christian Hagemann*, Executive Director of the SOG, featured international perspectives on the EU and the (potential) membership of Central East and Southeast European countries.

Polish and Visegrád perspective: *Wojciech Przybilski*, Editor-in-chief (Visegrád Insight) and president of the Res Publica Foundation, gave an analysis of the EU membership from the Polish perspective and that of the Visegrád countries. He pointed out that 20 years after Poland's accession, no one is in the mood for celebration, mainly due to significant political fluctuations in recent years. Poland, a country that longed for freedom, security, and self-determination through NATO, initially sought economic prosperity as a secondary goal. The Polish society values the advantages of the EU, such as the European internal market. Since the Russian invasion, the focus has shifted strongly back to security. The recent parliamentary elections in Poland were heavily influenced by

European security concerns. The refugee policy crisis of 2014 and 2015 brought the Visegrád countries closer together, emphasizing sovereignty over their borders more than the rest of Europe. However, recent elections have shown a lack of political unity among the Visegrád countries, especially regarding their Ukraine policy.

Romanian perspective: *Alina Mungiu-Pippidi*, professor for comparative public policy at Luiss Guido Carli University/Rome analyzed Romania's past, present, and future relationship with the EU. She adapted the famous quote by Adam Michnik (journalist, historian and former dissident) "the worst thing about Communism is what comes after" to "the best of enlargement comes a little bit before." This is because Romania implemented most key reforms shortly before EU accession, aware that failure to join could close the door to the EU for many years. Compared to other new EU members from Central and Eastern Europe, Romania had a unique form of communism with a more independent foreign policy but also severe repression. Romania has been a significant beneficiary of EU membership, with high levels of economic growth and per capita income rapidly approaching that of Hungary. EU funds are also being used to develop infrastructure. *Mungiu-Pippidi* also highlighted the brain drain in Romania due to EU membership, benefiting especially the older EU states.

North Macedonian perspective: North Macedonia is an EU candidate country. *Nikola Dimitrov*, diplomat, think tanker, and former Deputy Prime Minister of North Macedonia emphasized that his country has been a candidate for almost 20 years but has been a NATO member

since 2020. There is growing frustration among the population, particularly due to unfulfilled promises of imminent EU membership by leading EU heads of state. The resolution of the name issue with Greece has not led to progress, as political battles with Bulgaria now pose new challenges. The population is losing faith and motivation to join the EU. Dimitrov advocated for reforming the unanimity principle in important EU decisions. Not only does North Macedonia suffer from the veto power of individual countries, but overall unanimity also hinders further integration steps.

Ukrainian perspective: Ukraine is also a recent EU candidate country and has been engaged in an armed conflict with Russia since 2014, escalating to a full-scale war of aggression against Ukraine in 2022. *Viktoriiia Melnyk*, Head of International Relation and European Integration, Centre of Policy and Legal Reform/Kyjiv, stated that it is difficult to discuss formal EU accession matters during an ongoing war. Despite the

conflict, Ukraine remains the most optimistic country regarding EU membership, with about 84 percent of the population wanting to join the EU. Ukraine has already paid a high price for its freedom, and the pro-EU sentiment is not expected to change. Reforms are seen as beneficial for the country itself, not just to meet EU requirements.

Conclusion

The different perspectives of each country on their EU accession or potential membership were highlighted in this discussion. Each country has its own history, and transformation is a non-linear process that can vary significantly. Corruption has been the most important problem for most countries in the past and might remain so for some time in the future. The “Big Bang” EU enlargement 20 years ago and the smaller subsequent enlargements are broadly viewed as successful steps toward further European integration. Open questions with EU candidate countries need to be addressed.

Podiumsdiskussion

Ungarns EU-Ratspräsidentschaft 2024 Verhältnis auf dem Prüfstand

**Veranstaltende: Südosteuropa-Gesellschaft e.V. in Kooperation mit Renovabis e.V.
und „Ost-West. Europäische Perspektiven“
München, 10. Juni 2024**

Bericht von Wladimir Dirksen, München

Einleitung

Ungarn gilt seit vielen Jahren als schwieriger Partner in der EU. Seit der Parlamentswahl 2010 hat die Fidesz-Regierung unter Ministerpräsident Victor Orbán ihre Mehrheit dafür genutzt, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in Ungarn abzubauen, die Pressefreiheit einzuschränken und den politischen Wettbewerb zu ihren Gunsten zu beeinflussen. Die Europäische Kommission befindet sich aus diesem Grund seit Jahren mit Budapest im Konflikt. Sie setzt nach dem Scheitern vieler Dialogversuche inzwischen

auch Finanzsanktionen gegen den Mitgliedstaat ein. Seit Russlands Angriffskrieg in der Ukraine ist ein weiteres Konfliktfeld zwischen Brüssel und Budapest hinzugekommen. So verzögerte Ungarn nicht nur die NATO-Norderweiterung, sondern auch Hilfen für die Ukraine. Während die EU eine der schwierigsten Phasen ihrer Geschichte durchlebt und besorgt auf die Wahlen zum Europäischen Parlament und die Präsidentschaftswahlen in den USA blickt, übernimmt Ungarn turnusmäßig am 1. Juli 2024 die EU-Ratspräsidentschaft.¹

¹ Die Veranstaltung fand vor diesem Termin statt. Über weitere Entwicklungen werden die SOM in den folgenden Ausgaben berichten (*Anm. d. Red.*).

Vor diesem Hintergrund veranstaltete die Südosteuropa-Gesellschaft in Kooperation mit Renovabis e.V. am Tag nach den Wahlen zum Europäischen Parlament eine Podiumsdiskussion, um zu analysieren, was von Ungarn in dieser Position zu erwarten ist, welchen Einfluss die Konflikte zwischen der ungarischen Regierung und der EU-Kommission auf die Ratspräsidentschaft haben und welche Themen im Fokus stehen werden. An der Podiumsdiskussion nahmen der Politiker Dr. h. c. *Bernd Posselt*, Vorsitzender der Paneuropa-Union und ehemaliges Mitglied des Europäischen Parlaments (1994–2014), Dr. *Sonja Priebus*, Wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Europa-Universität Viadrina Frankfurt/Oder, *Zoltán Kiszelly*, Direktor des Center for Political Analysis an der regierungsnahen Századvég School of Politics in Budapest sowie Dr. *Gabor Polyák*, Professor für Medienrecht und Medienpolitik an der Eötvös Loránd Universität in Budapest teil. Die Diskussion moderierte *Gemma Pörzgen*, Chefredakteurin der Zeitschrift „Ost-West. Europäische Perspektiven“ in Berlin.

Podiumsdiskussion

Nach einer Begrüßung durch den Geschäftsführer der Südosteuropa-Gesellschaft, Dr. *Christian Hagemann*, leitete Moderatorin *Pörzgen* die Diskussion mit der Frage ein, wie es zu dem überraschenden Ergebnis der Europawahl vom Vortag kommen konnte, bei der die Regierungspartei Fidesz das schlechteste Wahlergebnis in Ungarn seit vierzehn Jahren verzeichnete. Der Sensationserfolg des politischen Newcomers Péter Magyar und seiner Partei Tiszta és Szabadság Párt (TISZA) sei laut Medienrechtler *Polyák* aus einer Reihe von Gründen abzusehen gewesen. Zunächst einmal seien große Teile der ungarischen Bevölkerung schon lange mit der politischen Situation im Land extrem unzufrieden. Hieran hätte der plumpe Wahlkampf der Regierungspartei, welcher sich erwartungsgemäß auf die Themen Migration, George Soros und die Darstellung Orbáns als alleinigen Kämpfer gegen die bellizistischen Eliten Brüssels beschränkt habe, nichts zu ändern vermocht.

Diese Unzufriedenheit habe der Jurist Magyar, der bis vor kurzem noch selbst Teil des Fidesz-Systems und Ex-Ehemann der früheren Justizministerin Judit Varga gewesen ist, geschickt für

sich nutzen können. Magyars Ex-Ehefrau Varga stand im Frühjahr letzten Jahres wegen ihrer Mitwirkung bei der Begnadigung in einem Fall von Pädophilie in der Kritik und zog sich daraufhin aus der Politik zurück. Im Frühjahr 2024 wandte sich Magyar mit Enthüllungen aus der ungarischen Machtelite an die Öffentlichkeit und warf der Regierung von Victor Orbán Korruption, Justizbehinderung und Machtmissbrauch vor. Magyars Kundgebungen in Budapest, aber auch in den Fidesz-Hochburgen auf dem Land zogen daraufhin zehntausende Menschen an. Unter der Führung Magyars gelang es der Partei TISZA, welche sich erst im April 2024 für die Europawahl registrierte, aus dem Stand mit rund 30 Prozent der Stimmen auf Platz zwei in Ungarn zu kommen. Dies sei in der europäischen Wahlgeschichte ein nie dagewesener Erfolg und stelle insbesondere angesichts der immensen finanziellen Ressourcen und der medialen Übermacht der Regierungspartei eine Besonderheit dar, so *Polyák*. Bei der Europawahl, welche in Ungarn eine Rekord-Wahlbeteiligung verzeichnete, gelang es der Mitte-rechts-Partei TISZA außerdem, den traditionellen Oppositionsparteien wie der sozialliberalen und bisher größten Oppositionspartei Demokratikus Koalíció (DK) den Rang abzulaufen.

Priebus wies darauf hin, dass Magyar noch sehr schwer einzuschätzen sei. Sein Alleinstellungsmerkmal als Fidesz-Insider schüre die Hoffnung, dass er die Missstände im Land genau kenne und Informationen über noch nicht bekannte Korruptionsfälle aufdecken würde. Aus diesem Grund könne Magyar der Fidesz-Regierung sehr gefährlich werden, so *Priebus*. Allerdings habe die Partei von Magyar noch kein ausgereiftes Programm, weshalb man bisher bloß durch seine Äußerungen darauf schließen könne, dass auch Magyar eine national-konservative Politik verfolge und seine Positionen in vielerlei Hinsicht denen der Fidesz ähneln werden. Den großen Unterschied stelle laut *Priebus* das Thema Korruptionsbekämpfung und Magyars Wille dar, Ungarns Bindung an Russland und China durch eine eindeutige Westbindung zu ersetzen. *Posselt*, aus seiner Erfahrung als langjähriges Mitglied des Europäischen Parlaments, prognostizierte eine rasche Aufnahme der TISZA in die EVP-Fraktion, aus der Orbáns Fidesz-Partei im Jahr 2019 ausgeschlossen wurde.

Pörzgen wollte daraufhin wissen, ob es ein Fehler war, dass die CDU/CSU Fraktion die Fidesz unter Victor Orbán über viele Jahre unterstützt habe. Bezogen auf die Person Victor Orbán, den er seit vielen Jahren persönlich kenne, hob *Posselt* hervor, dass dieser in zwei Jahrzehnten seines politischen Wirkens eine tiefgreifende persönliche Entwicklung durchlaufen hätte. Zu Beginn seiner politischen Karriere sei Orbán ein dezidiert pro-europäischer, linksliberaler Oppositioneller gewesen, der sich später zu einem effektiven, christdemokratischen Premierminister entwickelt habe. In diesen Jahren habe Orbán die Demokratie in Ungarn gestärkt, die Korruption bekämpft und insgesamt sei die Zusammenarbeit mit der Fidesz auch für die EU sehr produktiv gewesen. Allerdings habe Orbán eine dritte Metamorphose durchlaufen – hin zu einem illiberalen, national-konservativen Saboteur der EU, was *Posselt* sehr bedauere und weshalb er ihm schließlich die Freundschaft gekündigt habe.

Anknüpfend blockte *Kiszelly* die Kritik seiner Vordredner an Orbáns Regierung ab, indem er betonte, dass Ungarn sich für einen eigenen Weg entschieden habe, unabhängig davon, was in Brüssel gerade en vogue sei. Beispielsweise würde sich das Land im russischen Angriffskrieg – im Gegensatz zur EU – als neutraler Staat positionieren. Die Mehrheit der Bevölkerung der EU sehne sich nach Frieden, weshalb die Sanktionen gegen Russland und die Waffenlieferungen an die Ukraine laut *Kiszelly* kontraproduktiv seien und den Krieg nur verlängern, aber nicht entscheiden könnten. Ungarn zeige sich solidarisch mit der Ukraine, leiste aber im Gegensatz zu anderen EU-Mitgliedstaaten nur humanitäre Hilfe. Der Ausgang des Krieges sei ungewiss. Im Falle einer weiteren Verschiebung der Grenze Russlands gen Westen sei es wichtig, sich durch die Wahrung guter Beziehungen mit Moskau darauf vorzubereiten. *Kiszellys* Äußerungen zum Umgang mit dem russischen Angriffskrieg in der Ukraine ernteten unter den anderen Panellist:innen ungläubiges Kopfschütteln.

Daraufhin fragte *Pörzgen* die Panellist:innen, welche Ziele die ungarische Regierung in ihrer anstehenden Ratspräsidentschaft ihrer Ansicht nach verfolge und welche Auswirkungen diese

in den nächsten sechs Monaten auf die EU haben könnten. *Kiszelly* nannte die Stärkung der wirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit der EU das Kernelement des Programms der ungarischen Ratspräsidentschaft. Ungarn begrüße eine Ausweitung der nuklearen Energieproduktion und lehne Einschränkungen für chinesische Investitionen vehement ab, da diese ideologisch begründet seien und die Wettbewerbsfähigkeit der EU einschränkten. Kritische Einwände der anderen Panellist:innen wehrte *Kiszelly* mit dem Hinweis ab, dass beispielsweise die chinesische Batterieproduktion in Ungarn von Deutschland kritisiert werde, die Batterien aber schlussendlich in Fahrzeugen deutscher Luxusmarken verbaut würden und die deutsche Kritik daher heuchlerisch sei. Aufgrund der beschränkten Koalitionsfähigkeit der ungarischen Regierungspartei im Europäischen Parlament sei der Handlungsspielraum für die anstehende Ratspräsidentschaft allerdings sehr beschränkt, so *Kiszelly*. Nichtsdestotrotz gebe es eine Reihe einzelner Themengebiete wie zum Beispiel die Asyl- und Migrationspolitik, in der eine Konsensfindung über Fraktionsgrenzen hinweg stattfinden könne.

Priebus fügte hinzu, dass für Ungarn auch die EU-Erweiterung auf dem Westbalkan einen Schwerpunkt darstellt. Hier sei vor allem der EU-Beitritt Serbiens ein erklärtes Ziel der ungarischen Regierung. Insgesamt werde die Ratspräsidentschaft Ungarns laut *Priebus* allerdings keine großen Auswirkungen haben, da zum Beispiel der Rat für Auswärtige Angelegenheiten nicht von der Ratspräsidentschaft angeführt wird. Pläne über eine Ausweitung der Sanktionen gegen Russland könne Ungarn also nicht von vornherein unterbinden. Ungarn hätte zwar die Möglichkeit, Akzente in der EU-Politik zu setzen, jedoch sei die Gestaltungsmacht der rotierenden Ratspräsidentschaft seit dem Inkrafttreten des Vertrages von Lissabon im Jahr 2009 sehr eingeschränkt.

Dem pflichtete *Posselt* bei. Die Konstituierung des Europäischen Parlaments und die einmonatige Sommerpause nähmen viel Zeit in Anspruch und würden die Gestaltungsmacht der ungarischen Ratspräsidentschaft stark einschränken. Ratspräsidentschaften EU-kritischer Regierungen würden üblicherweise ausgeses-

sen, ohne dass die EU größeren Schaden davontragen müsse. Jedoch bereite ihm die Vorstellung, dass die EU in Zeiten akuten Handlungsbedarfs ein halbes Jahr blockiert werden könnte, große Sorge. Angesichts eines Krieges vor den Türen Europas und den Präsidentschaftswahlen in den USA im November wäre für Posselt eine Einschränkung der Handlungsfähigkeit der EU fatal.

Fazit

Die erkenntnisreiche und an vielen Stellen sehr angeregte Podiumsdiskussion endete mit einer Reihe von Fragen seitens des Publikums, von denen eine abschließend sogar einen Konsens bei dem Panel hervorbringen konnte. Einigkeit bestand unter allen Panellist:innen darüber, dass sich ein deutsch-ungarischer Jugendaustausch immer lohnen würde – unabhängig von der aktuellen Regierung im Land.

20. Frankfurter Medienrechtstage Strategien gegen Desinformation und Propaganda

Veranstaltende: Studien- und Forschungsschwerpunkt Medienrecht an der Europa-Universität Viadrina Frankfurt (Oder) / Südosteuropa-Gesellschaft e.V. / Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. / mit freundlicher Unterstützung der Märkischen Oderzeitung Frankfurt (Oder), 17./18. Januar 2024

Bericht von Stephan Müller, Berlin

„Disinformation is real. It’s everywhere, especially in this situation with the war in Russia.“ So die Begrüßung von *Christoph Plate*, Leiter des Medienprogramms Südosteuropa der Konrad-Adenauer-Stiftung mit Sitz in Sofia. Spätestens seitdem die Mitgliedstaaten der EU und ihre NATO-Alliierten infolge des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine ein umfassendes Sanktionspaket gegen Russland beschlossen haben, sind Versuche illegitimer Einflussnahme auf den europäischen Informationsraum omnipräsent. Staatliche Stellen beobachten ein erhöhtes Aufkommen von Desinformation durch offizielle (russische) Stellen, staatliche und staatsnahe Medien sowie Accounts in Sozialen Medien.

In dieser Situation trafen sich rund 70 Journalisten und Journalistinnen, Vertretende von Nichtregierungsorganisationen sowie Forschende und Studierende zu den 20. Frankfurter Medienrechtstagen. Diese widmeten sich vornehmlich den Fragen, wie Desinformation interdisziplinär verstanden beziehungsweise definiert werden kann und welche Ansatzpunkte die Mechanismen der Vermittlung von Falschinformation zu ihrer Bekämpfung bieten. Insbesondere Medienschaffende aus verschie-

denen südosteuropäischen Ländern kamen zu Wort, um ein Bild des Ist-Zustands der Medien- und Informationsgesellschaften in Südosteuropa zu zeichnen.

Prof. Dr. *Claudia Weber*, Inhaberin des Lehrstuhls für Europäische Zeitgeschichte an der Europa-Universität Viadrina Frankfurt (Oder), begrüßte die Anwesenden und hob als Vertreterin der Südosteuropa-Gesellschaft die Bedeutung einer liberalen und demokratischen Medienrechtslandschaft in und für Europa hervor. Sie sagte, dass man Wege finden müsse, Desinformationen einzuhegen, ohne die Medienfreiheit einzuschränken.

Dr. *Pavel Usvatov*, Leiter des Rechtsstaatsprogramms Südosteuropa der Konrad-Adenauer-Stiftung mit Sitz in Bukarest, führte zunächst in die unterschiedlichen Dimensionen von Falschinformation sowie mögliche Definitionsvorschläge zur Fassung von Falschinformation als Diskussionsgrundlage ein. Grundlegend sei die Unterscheidung in „Misinformation“ und „Desinformation“. Während Misinformation die Vermittlung unabsichtlich ungenauer, dekontextualisierter oder irreführender Inhalte beschreibe, unter-

scheide sich Desinformation hiervon maßgeblich durch ihre vorsätzlich falsche Vermittlung. Eine eindeutige Zuordnung sei gerade deshalb notwendig, weil an die Zugehörigkeit zu einer der beiden Kategorien rechtlich unterschiedliche Folgen zu knüpfen seien.

Usvatov hob in diesem Zusammenhang den historisch bedingt hohen Schutz hervor, welchen die Presse- und Meinungsfreiheit gemäß des Artikels 5 GG (Grundgesetz) in Deutschland genieße, in dessen Licht möglicherweise einschlägige Straftatbestände und einfach gesetzliche Ansprüche konzipiert und auszulegen seien. So sei der Rechtsordnung inhärent, dass die demokratische Gesellschaft bis zu einem gewissen Grad auch Desinformation ertragen müsse. Präventiv vermögen Transparenzregeln wie die Impressumspflicht (Paragraf 19 MStV / Medienstaatsvertrag), der Desinformation entgegenzuwirken. Auch repressive Maßnahmen wie Pflichten zur Korrektur aus den Landespressesetzen, als *Ultima Ratio* auch die Entfernung von Inhalten, etwa nach den Paragrafen 1004 und 823 BGB (Bürgerliches Gesetzbuch), den Paragrafen 5 und 8 UWG (Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb) oder eine strafrechtliche Sanktionierung erwiesen sich bereits als wirkungsvoll. Die Regulierung der Verbreitung von Misinformation sei dagegen kein probates Mittel, da ansonsten zu befürchten sei, dass keine Informationen mehr aus unsicheren Bereichen vermittelt würden.

Wie bedeutsam das Wissen um Mediengesetze und deren unermüdliche Durchsetzung sein kann, machte *Justine Limpitlaw*, Expertin für Kommunikationsrecht an der Universität Witwatersrand, Johannesburg, Südafrika, deutlich. *Limpitlaw* engagiert sich seit zwanzig Jahren für die Presse- und Meinungsfreiheit auf dem afrikanischen Kontinent. Seit 2000 veröffentlicht sie regelmäßig medienrechtsvergleichende Analysen der Subsahara-Länder. Sie schilderte eindrücklich, welche Schwierigkeiten sich bei der Recherche für ihre Berichte auftraten. So sei insbesondere in Zentralafrika bereits der Zugang zu Gesetzestexten äußerst herausfordernd. Auch würden westlich geführte Diskurse um die Notwendigkeit der Regulierung von Massenmedien in vielen Subsahara-Ländern als Vorwand zur Beschränkung der Presse- und

Meinungsfreiheit genommen, so *Limpitlaw*. Regulierungen könnten zwar ein probates Mittel zur Bekämpfung von Desinformation und Propaganda darstellen, seien in ihrer Bewertung aber maßgeblich von den politischen Umständen abhängig. Um dem Missbrauch von Regulierungen gar als Propagandawerkzeug vorzubeugen, sei das Bestehen einer gefestigten, demokratischen Zivilgesellschaft unerlässlich.

Nach einer kurzen Begrüßung des Auditoriums durch Prof. Dr. *Eduard Mühle*, Präsident der Europa-Universität Viadrina Frankfurt (Oder), fanden *Justine Limpitlaw* und *Ferdinand Gehringer*, politischer Berater für interne Sicherheit und Cybersicherheit der Konrad-Adenauer-Stiftung, in einem gemeinsamen, von *Christoph Plate* moderierten Panel zum Thema „Einblicke in globale Desinformations- und Propagandastrategien“ zusammen. *Limpitlaw* schilderte den Anwesenden chinesische und russische Versuche medialer Einflussnahme auf dem afrikanischen Kontinent. Die afrikanischen Staaten seien sowohl infrastrukturell als auch personell nicht in der Lage, diesen entschieden entgegenzutreten. Einzig die Schulung der Zivilbevölkerung in Medienkompetenz könne hiergegen ein probates Mittel darstellen, so *Limpitlaw*. *Gehringer* betonte im Anschluss, dass auch Deutschland nicht auf die organisierte Verbreitung von Desinformation und Propaganda vorbereitet sei. Allen Manipulationsversuchen sei gemein, dass sie die Gesellschaften anderer Staaten dadurch zu destabilisieren suchen, indem sie Spaltungen in der Zivilgesellschaft provozieren. Hierauf habe Deutschland keine kohärente Antwort. *Plate* mahnte vor actionistischen Überregulierungen und verwies in diesem Zusammenhang auf den Digital Services Act der Europäischen Union. Darüber hinaus sei, so *Plate*, Kern des Problems nicht die Desinformation per se, sondern das verloren gehende Vertrauen der Zivilbevölkerung in einen gemeinsamen „common sense“.

Dr. *Rakoen Maertens*, Psychologe an der Universität Oxford, machte die Teilnehmenden mit der psychologischen Dimension von Desinformation bekannt. So seien aus psychologischer Sicht insbesondere die Zusammenhänge zwischen dem Denken und Handeln von Menschen oftmals noch recht unklar und insofern auch

rational schwer zu beeinflussen. Aus psychologischer Sicht böten sich unterschiedliche (zeitliche) Ansatzpunkte zur Bekämpfung von Falschinformation. Ein Entgegenwirken sei mithin vor, während und nach der Konfrontation mit Falschinformation denkbar. Abhängig von deren zeitlicher Anknüpfung könnten die Maßnahmen das Denken oder das Handeln der Menschen mehr oder weniger effizient beeinflussen.

Typischerweise setzten Strategien zeitlich nach der Konfrontation mit Falschinformation an. Dies erweise sich psychologisch aber nicht als sonderlich aussichtsreich. *Maertens* betonte demgegenüber, dass man bereits präventiv über die Wirkungsweisen von Fehlinformation und die unterschiedlichen Dimensionen der jeweiligen Berichterstattung unterrichten müsse. Derartige Aufklärungsarbeit könnte zukünftig auch künstliche Intelligenz bewerkstelligen. Dr. *Christopher Nehring*, Gastdozent mit Schwerpunkt: Desinformation und Geheimdienste, Universität Sofia, präsentierte zunächst eine Aufstellung, welche Rolle Künstliche Intelligenz bereits in der Medienlandschaft 2024 technisch einzunehmen vermag. Damit einhergehend stellten sich in erster Linie dringende ethische Fragen, wie etwa, ob es zur Einordnung von wahrer und richtiger Berichterstattung neuer Kategorien bedürfe. Technisch sei nicht absehbar, dass Software jemals bewerkstelligen könnte, „Fakes“ verlässlich zu erkennen. Hierauf stellte *Maertens* die entscheidende Frage, mit welchem Ziel zu entwickelnde Strategien gegen Desinformation antreten würden. Angesichts des bereits heute unversiegbaren Stroms an Desinformation könne es nur ein hehrer Wunsch sein, diese im Keim ersticken zu wollen. Vielmehr könnten solche Strategien rein ergebnisorientiert danach streben, der Intention von Desinformationskampagnen, nämlich der Spaltung von Zivilgesellschaften, entgegenzuwirken.

An die vorangestellte Diskussion schloss sich nahtlos eine von *Ralitsa Stoycheva*, wissenschaftliche Mitarbeiterin des Medienprogramms Südosteuropa der Konrad-Adenauer-Stiftung, moderierte Gesprächsrunde mit Prof. Dr. *Martin Grothe*, Geschäftsführer der complexium GmbH, Dr. *Rakoena Maertens* und Dr. *Christopher*

Nehring zum Thema „Digital Listening und KI gegen Desinformationskampagnen“ an. Die zuletzt gestellte Frage, ob Künstliche Intelligenz zu einem besseren Austausch innerhalb der Zivilgesellschaft genutzt werden könne, wurde weiter diskutiert. *Nehring* zeigte sich angesichts dessen weiterhin pessimistisch, weil sich durch den „guten Einsatz von KI“ weniger Geld verdienen lasse. So betonte auch *Grothe*, dass sich andere Techniken als Künstliche Intelligenz möglicherweise als wirkungsvollere Instrumente zur Bewertung von Desinformation herausstellen könnten. Einig war man sich indes, dass unabhängiger Qualitätsjournalismus wichtiger denn je sei und dieser die Zivilbevölkerung bei der Filterung von Informationen leiten solle.

Wie Qualitätsjournalismus zeitgemäß gewährleistet werden kann und welchen Herausforderungen sich Journalisten und Journalistinnen im Jahr 2024 stellen müssen, berichteten im Anschluss *Claus Liesegang* und *Beate Bias*, Chefredakteur beziehungsweise stellvertretende Chefredakteurin der Tageszeitungen Märkische Oderzeitung / Lausitzer Rundschau / Oranienburger Generalanzeiger. Schwierigkeiten bei der Recherche, welche aus der veränderten Natur der Informationsströme resultierten, kämen nur auf, wenn die Informationen von Drittanbietern wie etwa der dpa stammten. Perspektivisch bestünde die Aufgabe von Qualitätsjournalismus darin, sich angesichts der neuen medialen Verbreitungswege und dem damit verbundenen Eintritt in den Wettbewerb mit einer großen Zahl an teils interessengetriebenen „Laienjournalisten/-innen“ weiterhin auf dem Markt zu beweisen. Es ginge mit dieser veränderten Wettbewerbslage, so *Liesegang*, nicht zwingendermaßen ein vollständiger Verlust von Deutungsmacht einher, doch stelle Online-Journalismus eine andere Form von Informationsvermittlung dar, welcher grundlegend anderen Mechanismen unterliege.

Der zweite Tag der 20. Frankfurter Medienrechtstage widmete sich ausschließlich dem Zustand der Medien- und Informationsgesellschaften Südosteuropas. In einer ersten Gesprächsrunde unter der Moderation von *Emil Georgiev*, Medienrechtsanwalt aus Sofia,

diskutierten *Alexander Kachamov* als bulgarischer Vertreter und *Codruta Simina* als journalistische Vertreterin Rumäniens den Einfluss von Desinformation auf die südöstlichen Staaten der Europäischen Union.

Kachamov gab den Teilnehmern und Teilnehmerinnen in Anknüpfung an die Fragen des ersten Teils einen groben Überblick über die rechtlich möglichen Reaktionen, mit welchen Desinformation in Bulgarien begegnet werden könne. So habe sich auch die bulgarische Legislative bisher nicht über Legaldefinitionen von Desinformation / Misinformation verständigen können. *Simina* machte sich für eine Aktualisierung des journalistischen Berufsethos stark, der nunmehr speziell auch darin bestehen müsse, die Reichweite von Desinformation einzuschränken. Sie zeigte sich hingegen skeptisch, ob man auf den politischen Willen zur Eindämmung von Falschinformationen vertrauen könne. So habe der Diskurs um Desinformation die rumänische Bevölkerung und mithin Legislative weitestgehend noch nicht erreicht. Einig sei man sich jedoch dahingehend, dass Zensur um jeden Preis vermieden werden solle.

In einem zweiten Panel unter der Moderation von Prof. Dr. *Claudia Weber* skizzierten *Orest Dabija* als Vertreter Moldaus, *Hyrije Mehmeti* als Repräsentantin von Kosovo und *Dragan Sekulovski* für Nordmazedonien den Zustand der Medien- und Informationsgesellschaften der (südost-)europäischen Staaten außerhalb der EU. Insbesondere die moldauische Medienlandschaft, so *Dabija*, würde noch heute durch die klassischen Medien dominiert. Es stellten sich in Moldau mithin nicht die anderswo üblichen Fragen im Umgang mit Desinformation. Ganz anders und typisch für die Balkanstaaten seien die sozialen Medien in der Gesellschaft

von Kosovo durch alle Altersschichten hindurch omnipräsent, stellte dagegen *Mehmeti* fest. Problematischerweise gehe diese Entwicklung jedoch mit einer grundsätzlichen Medienincompetenz einher. Dies betreffe nicht nur die Zivilbevölkerung, sondern maßgeblich auch Journalisten und Journalistinnen, welche nicht die notwendige journalistische Sorgfalt an den Tag legten. Gerade auch vor dem Hintergrund, dass sich gesellschaftliche und politische Tendenzen in den Balkanstaaten – oftmals von Serbien ausgehend – auf viele weitere Staaten übertragen, sei ein gesamteuropäischer Ansatz gegen Desinformation angezeigt.

Fazit

Zum Abschluss zweier anregender Tage bündelte Prof. Dr. *Johannes Weberling*, Initiator der Frankfurter Medienrechtstage und Leiter des Studien- und Forschungsschwerpunkts Medienrecht an der Europa-Universität Viadrina, die gewonnenen Erkenntnisse in dem Versuch einer Definition von Desinformation als „bewusste, planmäßige Falschinformation zum Zwecke der Förderung eigener Interessen“. Man sei optimistisch, dass Künstliche Intelligenz auch gegen die Verbreitung von Desinformation eingesetzt werden könne und habe erkannt, dass der Desinformation bestenfalls präventiv zu begegnen sei. Hierbei sei insbesondere die Europäische Union in die Pflicht zu nehmen, da diese als ausreichender Gegenpol möglicherweise die „Big Five“ (hier sind die fünf größten IT-Unternehmen gemeint: Alphabet (Google), Amazon, Apple, Meta Platforms (ehem. Facebook) und Microsoft, *Anm. d. Red.*) zu einer Modifizierung ihrer Algorithmen bewegen könne. Gleichwohl müsse man auch die Zivilgesellschaften zu einem verantwortungsvollen Umgang mit den Medien ermahnen und die Medienkompetenz der Einzelnen schärfen.